
Heinz O.Vetter

Einigkeit im Grundsatz, Vielfalt in der Praxis

Gedanken zum Grundsatzprogramm-Kongreß des DGB

1.

Im März dieses Jahres 1981 werden die Delegierten eines Außerordentlichen Kongresses über ein neues Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes beschließen. Diese Beschlüsse können hier nicht vorweggenommen werden. Aber einige Schwerpunkte und Tendenzen zeichnen sich deutlich ab. Der Entwurf zu unserem dritten Grundsatzprogramm - nach den Vorgängern aus den Jahren 1949 und 1963 -, der nun seit über einem Jahr in der Mitgliedschaft und auf Gewerkschaftstagen diskutiert worden ist, kann dabei nicht isoliert behandelt werden. Der Entwurf steht unter bestimmten Zielvorstellungen und ist in einer Zeit entstanden, von deren Hintergrund man ihn nicht ablösen kann und auch nicht ablösen sollte.

Das neue Programm soll kein Programm sein, das sich wohlmeinende Intellektuelle für die Gewerkschaften ausdenken. Wir sind vielmehr einen Weg gegangen, der in dieser Form kein Vorbild in der *Willensbildung der Gewerkschaften* hatte: Der Entwurf ist breit von unseren Mitgliedern und in der Vielfalt unserer Organisationen diskutiert worden. Wir wollen ein Programm aus den Gewerkschaften und für die Gewerkschaften. Das bedeutet nicht, daß wir wissenschaftlich begründete Einsicht und wissenschaftlich begründete Kritik ablehnen. Das Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist eine politische Aussage, auf die sich die Gewerkschaften im Rahmen demokratischer Willensbildung einigen. Wir können

uns nicht die Ziele anderer Gruppen oder Organisationen zu eigen machen. Die Einheitsgewerkschaft entwickelt ihre Vorstellungen selbst und kann mit anderen politisch bedeutsamen Gruppierungen nur insoweit zusammenarbeiten, wie diese die gewerkschaftlichen Grundvorstellungen teilen und die gewerkschaftliche Autonomie respektieren. Insoweit ist das Verfahren der internen Diskussion unseres Programms nicht nur eine Methode, sie gehört zur Substanz der Einheitsgewerkschaft.

Das von uns gewählte Vorgehen hat neben diesem prinzipiell-politischen Gesichtspunkt noch eine andere, gewissermaßen pädagogische Seite. Denn dem Denken in langfristigen Perspektiven und der Einordnung von Tagesproblemen in übergreifende Zusammenhänge ist in langen Jahren eines relativ problemlosen Wachstums oft nicht die Bedeutung zugemessen worden, die ihm zukommen sollte. Und gerade in den letzten Jahren struktureller und konjunktureller Krisen ist unsere ganze Kraft durch den Kampf gegen Rationalisierung und Unternehmerpolitik beansprucht worden. Da bleibt wenig Zeit für eine Programmdiskussion im formellen Sinne. Zugleich aber bereiten diese realen Schwierigkeiten und Bedingungen den Boden für das Nachdenken über längerfristige Bedingungen der gewerkschaftlichen Politik. Dieser Zwang zur Auseinandersetzung mag von einigen als unbequem, als lästig oder gar als gefährlich angesehen werden. Aber wir brauchen die *lebendige Auseinandersetzung*, weil wir uns nur so für uns selbst Klarheit schaffen und weil wir uns nur so gegen die Scheinalternativen von Dogmatikern wie Verführern mit Substanz zur Wehr setzen können.

In dieser schwer durchschaubaren Situation ist die Besinnung auf unsere gewerkschaftlichen Traditionen von besonderem Gewicht, weil sie den Grundlinien unserer Politik Festigkeit, Stetigkeit und Glaubwürdigkeit zu geben vermag. Ich bin fest überzeugt, daß die Einheitsgewerkschaft aus dem Diskussionsprozeß um das neue Grundsatzprogramm gestärkt hervorgehen wird.

II.

Bei alledem wäre es unredlich, verschweigen zu wollen, daß das Programm nicht zu lösen ist von dem *wirtschaftlichen und politischen Hintergrund*, vor dem es geschrieben wird und auf den es bezogen ist. Der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit ist beispielsweise eine prinzipielle Perspektive unseres Programms und unserer Politik. Aber für die politische Beurteilung ist entscheidend, wie dieser Konflikt unter den gegenwärtigen Bedingungen konkret ausgetragen werden soll. Die allgemeinen Aussagen müssen deshalb im Zusammenhang mit der realen politischen Entwicklung und den tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten gesehen werden. Sonst ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß wir uns in inhaltslosem Prinzipienstreit oder in kleinlichen Begrifflichkeiten erschöpfen. Ich wende mich damit nicht gegen eine Auseinandersetzung um den Text unseres Entwurfs, ich

warne nur vor einer von der Realität abgesetzten Diskussion. Mich leitet dabei die Erinnerung an unser Programm des Jahres 1963, als sich ein großer Teil der Programmdebatte in der Frage erschöpfte, ob es um den Aufbau oder um den Ausbau des sozialen Rechtsstaates in der Bundesrepublik gehe - eine Frage, die uns in dieser Form weder für unsere kurzfristige Politik noch für unsere langfristige Orientierung viel gebracht hat, weil sie nicht mit strategischen Ansätzen verknüpft war.

Die Bedeutung des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Hintergrunds für die Einschätzung unseres Programmentwurfs ist nicht zuletzt auf den verschiedenen Kongressen unserer Gewerkschaften deutlich geworden. Manche Gewerkschaftstage sind sehr ruhig verlaufen, andere standen im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit, wenn auch aus sehr unterschiedlichen Gründen. Das Grundsatzprogramm ist überall angesprochen worden, aber es hat nirgends eine dominierende Rolle gespielt. Das ist auch gut so, denn eine Gewerkschaft macht nicht unmittelbar mit dem Grundsatzprogramm Politik. Das Grundsatzprogramm gibt die gemeinsame Plattform, den verbindenden Rahmen und die akzeptierten Prinzipien. Wie die jeweilige konkrete Politik in diesem Rahmen aussieht, ist nicht unwesentlich von den *Bedürfnissen und Problemen des jeweiligen Organisationsbereichs* abhängig, und es hat auch etwas mit den Traditionen und Organisationsstrukturen der Gewerkschaften zu tun.

Dieser Sachverhalt ist vielleicht in den letzten Jahren allgemein und bei der Beurteilung der verschiedenen Gewerkschaftstage speziell wie auch der damit verbundenen Programmdiskussion in der Öffentlichkeit unterbewertet worden: Nur zu leicht sind Konflikte ideologisiert oder personalisiert worden, die ihre eigentliche Ursache in Branchenstrukturen, Mitgliederentwicklungen, tief verankerten Traditionen oder Unternehmerstrategien haben. Eine fruchtbare Auseinandersetzung um das Programm setzt voraus, daß über tatsächliche Probleme und nicht nur um Oberflächenerscheinungen gestritten wird; dann wird sich zeigen, daß in Zeiten sehr unterschiedlicher struktureller Entwicklungen verschiedene Gewerkschaften auf verschiedene Situationen in unterschiedlicher Weise nicht nur antworten können, sondern vielleicht sogar antworten müssen - und zwar durchaus im Sinne der Einheitsgewerkschaft: Bedeutet diese doch nicht schematische Einförmigkeit, sondern *Einheit in der Vielfalt*. Wichtig ist nicht, daß es unterschiedliche Ansätze gibt, sondern daß diese Ansätze konstruktiv und vielleicht sogar kontrovers auf dem Boden der Einheitsgewerkschaft diskutiert werden. Dies öffentlich deutlich zu machen, ist vor allem deshalb von einigem Gewicht, weil man wohl davon ausgehen kann, daß in den nächsten Jahren bei dem in Zukunft zu erwartenden strukturellen Wandel einzelne Branchen und damit Organisationsbereiche von Gewerkschaften in durchaus unterschiedlicher Weise betroffen sein werden. Die Differenzierung in den Ansätzen konkreter gewerkschaftlicher Politik wird deshalb möglicherweise eher zunehmen als abnehmen, ohne daß dies eine Schwächung solidarischen Vermögens sein muß.

Allerdings setzt dies die Bereitschaft voraus, die jeweiligen aus der speziellen Situation erforderlichen Maßnahmen in Frage stellen zu lassen, wie auch, sie so zu begründen, daß sie in die Gesamtsolidarität der Einheitsgewerkschaft eingebracht werden können. Solche Diskussions- und Verständigungsprozesse müssen in den Gewerkschaften noch weiter entwickelt werden. Mir scheint, daß auch dafür das Grundsatzprogramm ein sinnvolles Angebot darstellt. Die Auseinandersetzungen um Mitbestimmung, Privatisierung oder Aussperrung, um einige Beispiele aus der letzten Zeit zu nennen, die in jeweils speziellen Zusammenhängen sich entwickelt haben, sind gute Beispiele für die Übernahme scheinbarer Einzelfälle in die gesamtgewerkschaftliche Politik.

Diese Hinweise auf die Aufhebung der Vielfalt in der Einheit sollte man vor dem breiten Hintergrund der *Gemeinsamkeiten* sehen, der sich aus unseren Programmzielen ergibt; der aber auch aus der tatsächlichen Entwicklung heraus erzwungen wird, wenn ich nur die Stichworte Rationalisierung, Beschäftigung, Arbeitsbedingungen und Qualifikation nenne. Die Sachkapitel unseres Programmentwurfs fassen unsere Positionen zu solchen Fragen zusammen. Ich bin tief befriedigt darüber, daß zu der hier niedergelegten Substanz gewerkschaftlicher Politik durch die Diskussion kaum wesentliche Punkte hinzugefügt worden sind. Diese verlässliche Einheit in der Sache, das wichtigste Fundament für konkrete Solidarität, ist für mich persönlich das bisher wichtigste Ergebnis der bisherigen Programmdiskussion.

III.

Das Grundsatzprogramm ist schließlich nicht nur in sich mit jeweiligen Politikentwicklungen zu verknüpfen. Der *programmatische gewerkschaftliche Bestand*, wenn ich es einmal so nennen darf, ist in den letzten Jahrzehnten ständig gewachsen. War das Grundsatzprogramm von 1949 noch die wesentliche und zunächst fast alleinige programmatische Grundlage gewerkschaftlicher Politik, so hat sich mit den Aktionsprogrammen und ihren Ergänzungen seit 1955 das Bild wesentlich gewandelt. Seit Ende der 60er Jahre sind zunehmend umsetzungsorientierte Teilkonzepte entstanden. Am wichtigsten ist dabei wohl das Vollbeschäftigungsprogramm des DGB aus dem Jahre 1975.

Die strategischen Konsequenzen, die die Gewerkschaften aus ihren *Erfahrungen* mit der Tarifpolitik, der Mitbestimmung, der Rationalisierung, der Technologiepolitik, der Bewältigung von Branchenkrisen ziehen, um einige Fälle zu nennen, möchte ich auch keinesfalls vernachlässigt wissen. Ich will damit die Bedeutung des Grundsatzprogramms nicht herabsetzen, möchte es jedoch in die Gesamtheit programmatischen Denkens einfügen und gleichzeitig die Verbindung von Programmatik und Politik noch einmal unterstreichen. Solange wir diese Prozesse und Verbindungen offenhalten, ist mir um die Mitgliedernähe wie um die Schlagkraft unserer Politik nicht bange.

Was die inhaltlichen Schwerpunkte der Diskussionen angeht, so bezeichnen die Stichworte *Einheitsgewerkschaft, Sozialstaat, Sicherung gewerkschaftlicher Autonomie, beschäftigungspolitische Orientierung und Mitbestimmung* schon fast die wesentlichen Punkte. Es steht das im Mittelpunkt, was besonders gefährdet ist. Was als selbstverständlich angesehen wird, braucht nicht besonders behandelt zu werden.

Daß die einzelnen Punkte, die man noch ergänzen könnte, in einem *inneren Zusammenhang* stehen, brauche ich nicht im einzelnen auszuführen. Eine kurze Rückblende genügt: Mit der Wirtschaftskrise Anfang der 70er Jahre hat der schon länger andauernde Rationalisierungsprozeß, der sich durch alle Bereiche der Wirtschaft zieht, einen vorläufigen Höhepunkt gefunden. Deshalb mußten Arbeitsplatzsicherheit, Arbeitsmarktfragen und Vollbeschäftigung immer mehr in den Mittelpunkt der Gewerkschaftspolitik rücken. Da sich dies in den Betrieben und vor Ort meist auswirkt und da die Tarifpolitik das sensibelste gewerkschaftliche Instrument darstellt, hat sich dies in einer zunehmenden Betriebsorientierung und in einem Bedeutungswandel der tariflichen Handlungsmöglichkeiten ausgeprägt, übrigens nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in wohl allen westeuropäischen Ländern. Gleichzeitig hat dies zu einer gewissen Relativierung der vorhergehenden stärkeren staatlichen Ausrichtung gewerkschaftlicher Reformpolitik geführt, weil durch die Entwicklung der Parteien zu Volksparteien und durch Koalitionsbildungen die Unterschiedlichkeit gewerkschaftlicher und parteipolitischer Handlungsweisen deutlich zutage getreten ist. Wir können den Staat jedoch nicht aus seiner Pflicht entlassen, aber wir müssen uns wohl auf unsere eigene Kraft besinnen - nicht zuletzt, weil in dieser Lage die Unternehmer und ihre Verbände immer eindeutiger gegen unsere Reformpolitik Front machen. Vor diesem Hintergrund, den ich in anderen Zusammenhängen mit unterschiedlichen Schwerpunkten mehrfach behandelt habe, müssen wir unsere längerfristige Politik anlegen.

IV.

In der Diskussion um den Entwurf der Präambel war der Absatz, der die *historischen Grundlagen der Einheitsgewerkschaft* behandelt, besonders umstritten. Dahinter wird man die gewachsene Aufgeschlossenheit für historische Fragen vermuten dürfen, die seit einiger Zeit in den Gewerkschaften festzustellen ist. Diese begrüßenswerte Entwicklung wird überlagert von politischen Absichten und Notwendigkeiten, wie sie sich in den Änderungsanträgen zu diesem Abschnitt niederschlagen, bei denen es nicht ausschließlich um die historische Stimmigkeit der Aussage des Entwurfs geht. Die Tendenz mancher Anträge geht dahin, entweder

- auf eine Nennung von Richtungen zu verzichten oder
- die Passage so umzuformulieren, daß - in welcher Weise auch immer - ein Anteil der Kommunisten am Zustandekommen der Einheitsgewerkschaft sichtbar wird.

Nun haben aber die Kommunisten den Gewerkschaften von jeher mehr oder weniger die Autonomie bestritten, sie statt dessen im Sinne einer von der Partei vorgegebenen Linie taktisch ins politische Kalkül einbezogen. Was die polnischen Arbeiter im vergangenen Jahr verlangt haben, ist die Befreiung von dieser Art der Festlegung der Gewerkschaften. Mit dem Führungsanspruch einer sich als Avantgarde verstehenden Partei können die Gewerkschaften nicht leben. Wir sind autonom, wir definieren uns und unsere Ziele selbst, wir arbeiten mit den Parteien zusammen, die das respektieren und bereit sind, unsere Forderungen auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie und mit den in ihr vereinbarten Mitteln durchzusetzen. Damit ist auch das Mehrparteiensystem gemeint. Eine Diktatur, und sei es die des Proletariats, gehört nicht dazu.

Als am Ende der Weimarer Republik, ausgehend von der Initiative der freiheitlich-demokratischen Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, die Diskussion um eine Vereinigung der Gewerkschaften begann, blieben die Kommunisten abseits. Sie gefielen sich im Kampf gegen die „sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie“ - eine Linie, von der sie erst zwei Jahre nach Hitlers Machtergreifung wieder abgingen. Niemand wird erwarten, daß der DGB bei einer historischen Begründung der Einheitsgewerkschaft sich darauf beruft. Das Leid, das der Nationalsozialismus hervorbrachte, Verbot, Terror und Unterdrückung trafen allerdings alle Gruppen gemeinsam; und sicher ist auch hier eine Wurzel der Einheitsgewerkschaft zu suchen. Von einer politischen Einheit im Widerstand und in der Emigration aber konnte nur sehr bedingt und vereinzelt die Rede sein.

Sehen wir uns die Nachkriegsentwicklung an, lesen wir einen Satz Hans Böcklers, den er im Zusammenhang eines Antrages auf Gründung einer Einheitsgewerkschaft im Frühsommer 1945 an die Besatzungsmächte formuliert hat, einmal sehr genau: „Fast allenthalben haben deshalb ehemals in den freien oder christlichen Verbänden Organisierte *miteinander*, und *zusammen*, mit kommunistisch orientierten Kollegen Fühlung aufgenommen.“ Böckler war davon überzeugt, daß auch Kommunisten in der neuzugründenden Einheitsgewerkschaft mitarbeiten sollten, und dies geschah auch, so wie es heute auch geschieht. Doch diese skeptische Distanz zum kommunistischen Gewerkschaftsverständnis in Böcklers Text war berechtigt. Bald sollte sich zeigen, daß die Kommunisten ihre Vergangenheit noch nicht bewältigt hatten. So wurden in Berlin Ernst Lemmer, der von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften kam, und der christlich-soziale Jakob Kaiser ihrer Ämter im Vorsitz des FDGB enthoben, weil sie sich einer politischen Indienstnahme der Gewerkschaften verweigerten. Ist das ein Verständnis von Einheitsgewerkschaft, auf das wir uns heute berufen können? Gibt es in einem Land, das als kommunistisch regiert gelten kann, Autonomie, Pluralität, Toleranz *für* die Gewerkschaften und *in* ihnen?

Fazit: Es ist historisch richtig, daß Christlich-Soziale und Sozialdemokraten immer so viel *Toleranz* aufgebracht haben, mit kommunistischen Kollegen in einer

Gewerkschaft zusammen zu arbeiten; das kann so bleiben und ist mit der Formulierung des Entwurfs nicht ausgeschlossen. Aber es kann uns nicht abverlangt werden, daß wir bei der Erläuterung der historischen Grundlagen der Einheitsgewerkschaft eine Richtung ausdrücklich mit einbeziehen, die in ihrem Verhältnis zu den Gewerkschaften eine so problematische Geschichte aufweist. Das „*vor allem*“ ist ein Angebot, das unsere Toleranz beweist; auf eine Nennung von Traditionen, Strömungen, Richtungen ganz zu verzichten, wäre ein schlechter Formelkompromiß, ein Armutszeugnis angesichts unserer Geschichte.

Doch die Einheitsgewerkschaft ist nicht nur eine historische Frage von Rang, sondern eine, die für die Zukunft entscheidende Bedeutung bekommen wird. Es hat sich im vergangenen Wahlkampf gezeigt, daß es einige Politiker und Unternehmer in diesem Lande gibt - und immer wieder geben wird -, denen die einheitliche Interessenvertretung der Arbeiter, Angestellten und Beamten ein Dorn im Auge ist. Selbstverständlich: Ein in Berufe und politische Richtungen oder sonstige Gruppierungen aufgefasertes Gewerkschaftssystem böte die Möglichkeit, die Arbeitnehmer gegeneinander auszuspielen - tariflich und politisch. Dafür sind Krisenzeiten besonders gut geeignet, das spüren wir und wissen wir sehr wohl. Es ist aber eine große Leistung, die Einheitsgewerkschaft in der täglichen Arbeit, sei es bei den Sozial- und Betriebsratswahlen, sei es bei der Formulierung einer Tarifforderung, immer wieder neu zu konstituieren. Die Einheitsgewerkschaft ist die zentrale Leistung der Arbeitnehmer für die politische Kultur dieses Landes wie es dies auch die Mitbestimmung und die Tarifautonomie sind. Nach innen Vielfalt, nach außen Geschlossenheit.

Dieses Konzept läßt sich nur mit dem *Gebot und der Verpflichtung zur Toleranz* verwirklichen. Diese Toleranz kann jedoch keine allumfassende sein, denn wir sind eine demokratische, freie, soziale Bewegung, die die Interessen von Arbeitnehmern vertritt. Wir sind zum Beispiel nicht tolerant gegen Rassismus, Religionshetze, Gewalt, politische und wirtschaftliche Alleinherrschaft. Innergewerkschaftlich bedeutet dies Achtung vor Minderheitspositionen, aber Respektierung der Mehrheitsentscheidung und Geschlossenheit bei der Vertretung unserer Interessen. Toleranz bedeutet also für uns Duldsamkeit im Sinne der in diesem Programm festgelegten Grundwerte und -Überzeugungen. Sie sind so formuliert, daß niemand, der Gewerkschafter sein will, sich ausgeschlossen zu fühlen braucht, außer denen, die nicht bereit sind, in Theorie und Praxis diese Werte anzuerkennen und zu verteidigen.

V.

Die Einheitsgewerkschaft umspannt Religionen, Weltanschauungen, Parteien, Berufe, Betriebe, Verwaltungen, Industrien. Sie umspannt aber auch *Männer und Frauen* und Menschen *verschiedener Generationen*. Sie umfaßt auch Menschen *verschiedener Nationalität*. Wir sind stolz, daß viele ausländische Kollegen gemein-

sam mit uns ihre Interessen vertreten. Die Zahl der Anträge, die zu den Abschnitten über Frauen, Ausländer und Jugendliche eingegangen sind, beweisen, wie wichtig den Nachdenklichen unter uns diese Fragen sind. Vor allem der lapidare Satz des Entwurfes, der der Jugend gewidmet war, hat viel Kritik erfahren und Verbesserungsvorschläge provoziert. Deswegen will ich hier besonders darauf eingehen.

Es wäre ein Fehler mit unabsehbaren Folgen, wollten wir die Augen vor den Problemen und Wünschen und Hoffnungen vor allem der arbeitenden Jugend verschließen, der zunächst unser Interesse und unsere Arbeit dient. Wir befinden uns, worauf viele bedrohliche Zeichen deuten, gegenwärtig in einem tiefgehenden Generationenkonflikt. Große Teile der Jugend stimmen mit den Wertmustern, die ihnen die Erwachsenengeneration anbietet, ja aufdrängt, nicht mehr überein. Dies äußert sich nicht nur in lautstarkem Protest oder gewalttätiger Provokation, wie noch am Ende der sechziger Jahre, sondern in oft lautloser Abwendung und grundsätzlicher Verweigerung. Wir müssen dies aber genauso ernst nehmen, weil die Langzeitwirkung eines solchen Verhaltens Jugendlicher auch die Gewerkschaften treffen wird, wenn wir nicht bereit sind, von uns aus diesen Jugendlichen entgegenzukommen. Soweit diese Abwendung von bisher geltenden Normen grün gefärbt ist, dürfen wir nicht nachlassen zu sagen, daß die Entwicklung der Industriegesellschaft mehr als *ein* großes Problem aufgeworfen hat. Die Gewerkschaften sind, trotz aller Züge einer *Institution*, nach wie vor eine *Bewegung*, die gegen die Auswirkungen der Industrialisierung und des kapitalistischen Wirtschaftens ankämpft: gegen die Ausbeutung und Unterdrückung des abhängig arbeitenden Menschen. Sie kämpft gegen die ökonomischen und sozialen Folgen dieser Wirtschaftsform, deren *ökologische* Folgen erst in der letzten Zeit ins Bewußtsein getreten sind. Wir wehren uns dagegen, daß diese Aspekte ein und derselben Sache gegeneinander ausgespielt werden und damit das gemeinsame Ziel einer menschenwürdigen Gesellschaft wieder weiter fortgerückt wird.

Auch in dem Teil der Jugend, der nicht die Privilegien der akademischen Jugend genießt, gibt es den stillen Protest dieser Generation. Das hat zunächst etwas mit der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsituation zu tun und den vielfältigen Auswirkungen der Jugendarbeitslosigkeit. Wenn Menschen, die noch nie eine Arbeitsstelle hatten, keinen beruflichen Einstieg in diese Gesellschaft finden, werden sie von ihr - im doppelten Wortsinn - abgestoßen. Dies ist ein Skandal, der auf die zurückschlagen wird, die jetzt dafür verantwortlich sind. Das Zugehen auf die Jugend bedeutet mehr, und da haben gerade die Gewerkschaften eine Chance, die offenbar auch die Kirchen haben: Es hat einen *Sinn*, in den Gewerkschaften zu arbeiten, sich für das materielle und das ideelle Wohl derer einzusetzen, die immer noch nicht so leben können, wie es der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft entspricht. Das erfordert von *uns*, die Verhärtungen jahrelanger Tätigkeit gelegentlich abzulegen und den Kern der Ideale sehen zu lassen, der in dem steckt, was wir wollen. Es erfordert auch, daß wir Raum gewähren für Phantasie, für Experimente, für eigenverantwort-

liche Tätigkeit, für Irrtümer und Ungestüm. Die Erkenntnis des Wertes einer festgefügtten Organisation stellt sich nicht mit der Pubertät ein, sondern muß aus der Erfahrung gewonnen werden und ist dann mehr wert als jede Disziplinierung von oben. Natürlich können die Gewerkschaften nicht zur Spielwiese werden, sie haben einen ernsten gesellschaftlichen Auftrag. Aber wir können dem Willen Jugendlicher zu einem gesellschaftlichen Engagement ein sinnvolles Ziel geben: Wir müssen uns anstrengen, die Freizeit der Jugendlichen nicht denen zum Fraß vorzuwerfen, die es allein auf den künftigen Konsumenten abgesehen haben. Die Diskussionen um die gewerkschaftliche Jugendarbeit sind um die Jahreswende zu einem Zwischenergebnis gekommen, das hier einen Neuaufbruch erhoffen läßt.

VI.

Die Einheitsgewerkschaft hat als zentrale Voraussetzung gewerkschaftlichen Handelns ihre Ziele, wie sie in unseren Programmen niedergelegt sind und wie wir sie in unserer konkreten Politik anstreben, ausdrücklich in Übereinstimmung mit den Normen des Grundgesetzes gesehen. Für uns ist das *Sozialstaatspostulat* des Grundgesetzes deshalb kein Unternehmerstatut zur Wahrung bestehender Privilegien. Wir sehen den sozialen Rechtsstaat als ständige Aufgabe, die Interessen der Arbeitnehmer mit rechtsstaatlichen Mitteln und in demokratischer Legitimation immer wieder neu auf dem Boden des Grundgesetzes zu verwirklichen. Diese reformpolitische Aufgabe können die Gewerkschaften nur erfüllen, wenn sie sich in eigener Verantwortung eigenständige Ziele setzen. Autonome Gewerkschaften sind deshalb kein Hemmschuh für staatliche Maßnahmen oder für unternehmerische Aktivitäten. Im Gegenteil: Nur das Aufgreifen der Mitgliederbedürfnisse durch kollektiv-solidarisches Handeln in gewerkschaftlicher Organisation überall dort, wo industrielle Arbeit vollzogen wird, macht unsere Ordnung menschlich ertragbar. Gerade die Erfahrungen der letzten Jahre sollten allen die Augen geöffnet haben, daß es für freie Gewerkschaften keine Alternative gibt. Nur sie können ein breites Feld an Entfaltung in der Arbeit, Sicherheit in der Beschäftigung, annehmbare Arbeitsbedingungen, materiellen Schutz, Kampf gegen Willkür, Bevormundung und Bürokratie entwickeln, das die vielgerühmte Marktwirtschaft, dort, wo sie tatsächlich noch besteht, erst akzeptabel macht. Diese Perspektive, die 1949 noch nicht umstritten war, müssen wir jetzt wieder in unsere Programmatik aufnehmen. Und ich messe gerade diesen neuen Abschnitten unseres Programmwurfs hohe Priorität zu, vielleicht weil sich in meiner Amtszeit als DGB-Vorsitzender die konservative Tendenzwende in der Sozialstaatsdiskussion besonders eindrücklich vollzogen hat. Unsere Auffassung von Sozialstaat hat deshalb nichts mit einer neuen Hinwendung zum Staat zu tun, sondern soll uns — ich bin fast versucht zu sagen: im Gegenteil - den Lebensraum in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft als verfassungsmäßigen Anspruch sichern.

Diese Auffassung von Sozialstaat setzt allerdings *Autonomie der Gewerkschaften* voraus, und Autonomie bedeutet die Möglichkeit des Streiks und damit Kampf

gegen Aussperrung in ihren verschiedenen Formen. Es ist deshalb nicht zufällig, daß gerade diese Passagen unmittelbar an die Präambel anschließen. Die Gewichtsverlagerung ist insofern verständlich, als lange Jahre bei Vollbeschäftigung und guter Wirtschaftsentwicklung die Bedeutung von Tarifpolitik, Streik und Aussperrung für gewerkschaftliche Politik unterschätzt worden ist.

VII.

Ein weiterer auffälliger Punkt unseres Programmentwurfs liegt in der *Beschäftigungsorientierung* fast aller Sachkapitel. Man könnte verallgemeinernd sagen, daß der neue Entwurf weniger ein neues Ordnungskonzept in den Mittelpunkt stellt, als vielmehr von Mitgliederbedürfnissen ausgeht. Vollbeschäftigung im Sinne von humaner und menschenwürdiger Arbeit, die als eines der Grundrechte des Menschen bezeichnet wird, steht dabei im Zentrum: So heißt es: „Der Verwirklichung und Sicherung der Vollbeschäftigung sind alle Institutionen, die die Beschäftigung beeinflussen, zu verpflichten. Verwaltungen und Unternehmen müssen den Grundsatz der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen bei allen Planungen und Entscheidungen berücksichtigen. An der Durchsetzung einer sozialen und beschäftigungssichernden Politik in den Unternehmen orientieren sich auch die Betriebs-, Mitbestimmungs- und Tarifpolitik der Gewerkschaften.“

Bei diesem Punkt können wir nicht nachgeben, denn welchen Sinn hat eine Entwicklung, die immer mehr Menschen aus der Arbeit drängt und die bei denen, die im Arbeitsprozeß verbleiben, die menschlichen Fähigkeiten verkümmern läßt? Wir haben auf diesen Gebieten keine Patentrezepte anzubieten, aber was in den letzten Jahren auf dem Gebiete der Humanisierung und der Beschäftigungspolitik an Perspektiven und Maßnahmen geschaffen worden ist, wäre ohne unser Handeln nicht vorstellbar, so wenig vollkommen es im einzelnen auch ist.

Was den Einsatz der gewerkschaftlichen Instrumente angeht, so ist die in früheren Programmen fast ausschließliche Hervorhebung der Mitbestimmung durch eine mehr gleichgewichtige Erwähnung von Mitbestimmung und *Tarifpolitik* abgelöst worden. Die Mitbestimmung wird zwar in einem eigenen Abschnitt behandelt, aber die Tarifpolitik wird jetzt vielfach erwähnt, während sie früher nur im Aktionsprogramm angesprochen war.

Durch die Aktivitäten der Mannesmann AG, vertreten durch Herrn Overbeck, ist seit dem Frühsommer 1980 eine neue Situation für die *Mitbestimmung* entstanden. Die damit verbundenen Probleme sind bisher nicht in einem formellen Zusammenhang seit dem Grundsatzprogramm diskutiert worden. Wir haben jedoch keinen Zweifel daran gelassen, daß qualifizierte Mitbestimmung von grundlegender Bedeutung für die deutschen Gewerkschaften ist: Der Kampf um die Montanmitbestimmung ist untrennbar mit der Entwicklung der Einheitsgewerkschaft nach dem Zweiten Weltkrieg verbunden. Und wer die Montanmitbestimmung zerstört, zer-

stört eine wichtige Zukunftsperspektive der deutschen Arbeiterbewegung, nämlich die Hoffnung auf einen anderen Stellenwert der Arbeit in Wirtschaft und Gesellschaft und auf eine andere und faire Art der Austragung von Konflikten. Die Mitbestimmung auch in ihrer qualitativen Form kann weder die Tarifpolitik noch die aktive Wirtschafts- und Strukturpolitik des Staates ersetzen, aber sie kann ein Stück mehr konkreter Freiheit in das Arbeitsleben bringen. Wenn den Arbeitnehmern die Möglichkeit genommen wird, ihr Schicksal im Arbeitsleben selbst und durch ihre gewählten Repräsentanten gleichberechtigt mitzubestimmen, dann wird das tiefgreifende Auswirkungen auf das soziale Klima in der Bundesrepublik haben. Denn wer den Gewerkschaften, die mit der Mitbestimmung verbundene Macht nimmt, der drängt sie auch aus der Verantwortung. Sie können die Ordnung der Bundesrepublik nur so lange mittragen, wie sie sie auch mitgestalten können. Das gilt nicht nur für private Wirtschaftsbetriebe, das gilt überall dort, wo Menschen abhängige Arbeit leisten, also auch im Bereich von Schule, Hochschule und Wissenschaft, in der Selbstverwaltung der sozialen Sicherung einschließlich der Arbeitsämter oder in den Massenmedien, wobei wir dem jeweiligen Bereich angemessene Formen der Einflußnahme vorschlagen.

Es hat sich in den vergangenen zehn Jahren allerdings erwiesen, daß Reformziele in Zusammenhang mit den politischen Kräften auf der *argumentativen Ebene* allein nur schwer zu erreichen sind. Eine alte gewerkschaftliche Erfahrung ist auch durch die sozial-liberale Koalition nicht überholt worden: Je mehr die Mitglieder der Gewerkschaften für eine Forderung sich einzusetzen bereit sind, desto gewichtiger ist unsere Position, desto näher kommen wir unseren Zielen. Dies gilt erst recht für die augenblickliche Auseinandersetzung um die Mitbestimmung.

IX.

Manche Kritiker werfen uns vor, daß der Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm keine *konkrete Utopie* enthalte, die ein Bild der Gesellschaft im Jahre 2000 entwerfe. Ich habe mich immer dagegen gewehrt, die Zukunftschancen unserer Kinder schon jetzt festlegen zu wollen. Wir haben unsere Ziele wahrscheinlich nüchterner, klarer und genauer formuliert, als es in früheren Programmen der Fall war. Dabei haben wir in der Tat kein geschlossenes alternatives Gesellschaftssystem entwickelt, aber wir haben auch nicht die Wege für Weiterentwicklungen versperrt.

Wir haben eine Vorstellung von humaner Arbeit, von Entfaltung im Berufsleben, von qualifizierter Tätigkeit, von Beteiligung am gesellschaftlichen Leben, die wir als eine ebenfalls sehr konkrete Utopie betrachten. Ich glaube, es lohnt sich für diese Art von Utopie - wenn man von menschlichen Bedürfnissen ausgeht - zu kämpfen. Dieser Kampf für das Ziel einer menschenwürdigen Gesellschaft braucht ein Fundament. Unser Grundsatzprogramm wird dieses Fundament sein. Es wird uns dem Ziel ein gutes Stück näher bringen.